

Das zunehmende soziale Chaos in Europa ist die Quittung
für den Stellvertreterkrieg gegen Russland

Der Tag der Abrechnung steht unmittelbar bevor. Kriminelle politische Führer und ihr kriegstreiberisches System werden wie nie zuvor entlarvt.



Schüler-Demo, die mit ihren Plakaten die Notwendigkeit der Forderung
„Bildung statt Bomben“ unterstreicht.

9. Oktober 2026 | Editorial

In der EU kommt es derzeit zu einer regelrechten sozialen Revolte. Regierende politische Parteien und ihre Wirtschaftspolitik werden offen verachtet, während öffentliche Proteste und Streiks in zahlreichen Ländern eskalieren.

Proteste, Massendemonstrationen und Arbeitskämpfe breiten sich in der gesamten EU aus – in Frankreich, Belgien, Spanien, Italien, Deutschland, Irland, Portugal und anderen Ländern. Die Missstände sind vielfältig: von Schülern und Lehrern, die sich über miserable Bildungsangebote beschwerten, bis hin zu Fachkräften im Gesundheitswesen und Beschäftigten im Verkehrssektor, die mickrige Löhne und Rentenkürzungen anprangern.

Im Kern steht jedoch ein kriegstreiberisches, entmenslichendes System kapitalistischer Ungleichheit.

Unerträgliche Lebenshaltungskosten für Grundbedürfnisse – von Lebensmitteln bis hin zu Wohnraum – treiben Millionen Menschen in Verzweiflung und Wut auf die Straße, da es an angemessenen politischen Antworten auf ihre Anliegen mangelt. Wie ein französischer Schüler sagte: „Zu jung, um angehört zu werden, alt genug, um mit Tränengas beschossen zu werden.“

Der Tag der Abrechnung steht unmittelbar bevor. Kriminelle politische Führer und ihr kriegstreiberisches System werden wie nie zuvor entlarvt – und zwar auf eine Weise, die eine totale Revolte als einzig richtige Lösung erfordert. Die Konsequenzen dürfen diesmal nicht auf andere abgewälzt werden. Wie Malcolm X einst sagte: „Was man sät, das wird man ernten.“

Das gesamte politische System gerät wegen seiner Funktionsunfähigkeit und seiner Gleichgültigkeit gegenüber der Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse in Verruf. Noch ärgerlicher sind die Lügen der herrschenden Elite und ihrer Propagandamedien über „nationale Verteidigung und die Kriegsgefahr durch Russland“.

In Spanien starb diese Woche eine 87-jährige gebrechliche Frau namens Mari-Carmen im Krankenhaus, nachdem sie aus ihrer Madrider Wohnung zwangsgeräumt worden war, weil sie die erpresserische Mieterhöhung nicht bezahlen konnte. Ihre Notlage hat einen landesweiten Protest gegen Spaniens Wohnungskrise ausgelöst – eine Krise, die sich in jedem europäischen Land wiederholt. Die Demonstranten riefen wütend, die bedauernswerte alte Frau sei „vom Staat und von den Konzernen ermordet worden“.

In Frankreich hat das brutale Vorgehen der Polizei gegen Studentenproteste die Nation und die Welt schockiert. Fast 7.000 junge Menschen wurden festgenommen, während die Bereitschaftspolizei bei weitgehend friedlichen Kundgebungen Tränengas einsetzte und Schüsse abgab. Studenten, die sich auf der Place de la Bastille in Paris und in anderen Städten versammeln, schwören, dass sie nicht nachgeben werden. Einem Studenten wurde durch eine Blendgranate der Polizei die Hand weggerissen, während ein anderer Teenager durch ein aus nächster Nähe abgefeuertes Gummigeschoss ein Auge verlor.

Auf der Place de la Bastille entbrannte 1798 inmitten bitterer Not die Französische Revolution gegen eine verhasste Aristokratie. Heute spitzen sich die Spannungen zu einer weiteren bedeutenden Rebellion zu, die diesmal erneut ähnliche Bewegungen in ganz Europa inspiriert.

Diese Proteste und das ihnen zugrunde liegende unmenschliche Leid lösen Aufstände in der gesamten EU aus.

Es herrscht das spürbare Gefühl, dass die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit genug hat von jahrzehntelanger Ungleichheit und chronischer Entbehrung, verursacht durch kapitalistische Politik, die nur wenige bereichert und von Regierungen durchgesetzt wird, die sklavisch den Interessen des Kapitals dienen, anstatt den Bedürfnissen der Bürgermehrheit.

In westlichen Medienberichten ist von „finanziell angeschlagenen“ Regierungen die Rede, die unter dem Druck der Anleihemärkte stehen, ihre Rekordverschuldung abzubauen, während Arbeitnehmer, Studierende und Rentner mehr öffentliche Investitionen und Entlastung von wirtschaftlicher Not fordern.

Das ist eine irreführende, einseitige Darstellung des Problems. Ausgelassen wird der entscheidende Hintergrund, dass europäische Regierungen enorme wirtschaftliche Ressourcen in den Militarismus und den Stellvertreterkrieg in der Ukraine gegen Russland lenken. Das ist der Grund für die „finanziell angeschlagenen Regierungen“. Mit anderen Worten: Ihre erklärten finanziellen Engpässe sind eine politische Entscheidung, kein mysteriöses Dilemma.

Die soziale Krise, die Europa erfasst hat, ist auch in den USA und anderen westlich orientierten Ländern zu beobachten. Hintergrund ist ein gescheitertes Wirtschaftssystem, das nicht mehr einmal ein Mindestmaß an akzeptablen Lebensbedingungen gewährleistet. Das Problem hat sich über Jahrzehnte hinweg aus wachsender Ungleichheit und schwindender politischer Mitbestimmung entwickelt.

***Heute ist es sogar fraglich, ob westliche Staaten noch Demokratien sind,
da sie von Unternehmensoligarchien kontrolliert werden.***

Dennoch wurde die sich in ganz Europa entfaltende soziale Krise durch die europäischen politischen Machthaber verschärft und verstärkt, die sich in einem unerbittlichen Kriegskurs gegen Russland befinden.

Die EU hat in den vergangenen vier Jahren Hunderte von Milliarden Euro in die Ukraine gepumpt, um ein Neonazi-Regime zu stützen, das von einer korrupten Diktatur geführt wird – alles mit dem Ziel, Russland zu besiegen. Die EU-Spitzenpolitiker – von denen viele nicht gewählt sind, wie Ursula von der Leyen, Kaja Kallas und António Costa – werden von einer obsessiven Russophobie getrieben. Doch das ist nur ein Teil der Erklärung.

Auch andere gewählte Politiker und Parteien wie Frankreichs Macron und Deutschlands Merz werden wegen ihres Elitismus und ihrer Größenwahnvorstellungen verachtet. Merz erklärt, er wolle Deutschland zur stärksten Militärmacht Europas machen, und zeigt dabei völlige Taubheit gegenüber den wirtschaftlichen und sozialen Problemen seines Landes sowie den unheilvollen historischen Assoziationen, die die Wiederbelebung des nationalsozialistischen Deutschlands mit sich bringt. Während seine Regierung eine Wahlniederlage nach der anderen erleidet, verunglimpfen die europäischen Eliten die deutschen Wähler als blind, weil sie es wagen, Parteien zu wählen, die sich gegen einen Krieg mit Russland aussprechen.

Es gibt viele Gründe für die europaweite Verachtung der Regierungsparteien. Ungleichheit, Armut, Arbeitslosigkeit, explodierende Lebenshaltungskosten, sinkende Löhne, sich verschlechternde öffentliche Dienstleistungen. Unkontrollierte Einwanderung bei gleichzeitigem Druck auf unzureichende öffentliche Ressourcen ist ein weiterer Grund zur Unzufriedenheit. Europas Mitschuld am völkermörderischen Krieg Israels gegen die Palästinenser sowie Europas Mitschuld an Trumps Aggression gegenüber dem Iran, dem Jemen, Kuba und so weiter sind weitere Faktoren.

Die falsche Darstellung, dass Regierungen „knapp bei Kasse“ seien, stößt in der Öffentlichkeit jedoch auf große Empörung. Es gibt reichlich wirtschaftliche Ressourcen, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu decken. Das Problem ist vielmehr, dass diese Ressourcen unter dem vorherrschenden kapitalistischen System, dessen Priorität darin besteht, eine winzige Eliteklasse zu bereichern, nicht dazu genutzt werden dürfen, gerechte und humane Gesellschaften zu schaffen.

Die Bedingungen von „knappen Haushalten“ und „Sparmaßnahmen für die Massen“ werden durch eine gezielte Politik des Militarismus und die Anheizung eines Stellvertreterkriegs in der Ukraine geschaffen.

Europäische „Führungskräfte“ und ihre NATO-Lobbyisten wie Mark Rutte fordern Hunderte von Milliarden Euro zur Ankurbelung der Rüstungsindustrie, während sie gleichzeitig drastische Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben und der Sozialfürsorge fordern, um diesen rücksichtslosen

Militarismus zu finanzieren. Die EU „leiht“ allein in den nächsten zwei Jahren zusätzlich 90 Milliarden Euro, nur um das korrupte Regime in Kiew zu stützen, damit es weiterhin einen aussichtslosen Krieg gegen Russland führen kann.

Diese perverse Priorität wird vom militärisch-industriellen Komplex und seinen Unternehmensinvestoren vorangetrieben. Sie wird zudem von einer ideologischen, propagandistisch geprägten Denkweise getragen, die Russland als Feind dämonisiert. Präsident Putin und andere russische Stimmen haben wiederholt erklärt, dass sie keinen Krieg mit Europa wollen. Sie sagen, der Konflikt in der Ukraine habe Ursachen, die durch diplomatisches Engagement gelöst werden könnten. Warum sind europäische Politiker unversöhnlich gegen den Frieden?

Ein wesentlicher Faktor ist das Vertuschen des innenpolitischen und wirtschaftlichen Versagens des europäischen Systems. Die Volkswirtschaften der EU sind, ebenso wie die der USA und anderer westlicher Staaten, bankrotte Dystopien, wenn es darum geht, soziale und demokratische Bedürfnisse zu erfüllen. Dieses Versagen wurde durch die Kosten des Krieges in der Ukraine noch verschärft.

Dieses Versagen ist kriminell und verhängnisvoll für die Politiker und Regierungen, die diese Politik verantwortet haben. Daher kann die politische Klasse, einschließlich der propagandistischen Nachrichtenmedien, ihre kriminelle Politik nicht eingestehen.

Angesichts ihrer eigenen inneren Widersprüche suchen die europäischen politischen Eliten nach einer Lösung, indem sie Russland als Feind darstellen. Dies ist dieselbe Vorgehensweise, die die europäischen Herrscher seit über einem Jahrhundert anwenden und die letztendlich zu zwei Weltkriegen geführt hat.

Diese kriminellen Politiker und ihr dysfunktionales Wirtschaftssystem treiben erneut den Krieg als Fluchtplan für ihr Überleben voran – auf Kosten von Millionen von Menschenleben und unter dem Risiko, einen dritten Weltkrieg auszulösen, der diesmal katastrophale nukleare Folgen haben könnte.

Es ist ein Armutszeugnis für praktisch jede europäische Regierung – allen voran die britische –, dass es keine Forderungen nach Diplomatie und einer politischen Lösung mit Russland gibt. Sie sind entschlossen, Krieg gegen Russland zu führen, um sich von der sozialen Verwüstung freizusprechen, für die sie verantwortlich sind.

Positiv ist jedoch, dass immer mehr Menschen die Tricks und Lügen durchschauen. Ein Plakat eines deutschen Studenten brachte es auf den Punkt: „Wir kämpfen eure Kriege nicht ... Bildung statt Bomben!“

Der Tag der Abrechnung steht unmittelbar bevor. Kriminelle politische Führer und ihr kriegstreiberisches System werden wie nie zuvor entlarvt – und zwar auf eine Weise, die eine totale Revolte als einzig richtige Lösung erfordert. Die Konsequenzen dürfen diesmal nicht auf andere abgewälzt werden. Wie Malcolm X einmal sagte: „Die Hühner kommen zum Schlafen nach Hause.“

Mit anderen Worten: Die Folgen eines Fehlverhaltens holen den Übeltäter immer ein – was man sät, das erntet man.